

Rubriken

• [Attentatsversuch auf Kurt Westergaard](#)

• [Schweiz und Kopftuch](#)

• [Schweden – Moscheen](#)

• [Rubrik: Personenkontrollen – Muslime - Niedersachsen](#)

• [Integration und Segregation im Bildungswesen](#)

• [Rubrik: Studie Bertelsmann-Stiftung: Zuversicht unter Migranten in Deutschland](#)

Rubrik: Attentatsversuch auf Kurt Westergaard

Zaman, 06.01.2010, S. 2

„Der Zentralratsvorsitzende Ayyub Axel Köhler verurteilt den Attentatsversuch und befürchtet ein Aufwiegen der Islamophobie“

„Der Vorsitzende der ZMD, Ayyub Axel Köhler erklärt der deutschen Presseagentur gegenüber, dass es keine religiösen Entschuldigungen für kriminelle Handlungen gibt. Köhler weist darauf hin, dass es aufgrund derartiger krimineller Handlungen zur Verbreitung der Angst vor dem Islam führe: „Wir tun alles, um die Menschen über den Islam aufzuklären.“

Köhler betont, dass auch die Politiker die Islamfeindlichkeit ernst nehmen müssten, da ansonsten die Gesellschaft gespalten würde. Insbesondere bei bevorstehenden Wahlen würden Politiker dazu

neigen durch populistische Kampagnen von den Zweifeln und Unsicherheiten der Bürger zu profitieren.“

Zaman, 04.01.2010, S. 10

„Geschlossene Reaktion der Muslime auf versuchtes Attentat“

„Kurt Westergaard, der wegen seiner beleidigenden Karikaturen über den Propheten Mohammed in der islamischen Welt wütende Reaktionen hervorgerufen hatte, ist am gestrigen Abend Opfer eines versuchten Attentats geworden. Laut der Stellungnahmen des dänischen Geheimdienstes PET hat die Polizei einen Somalier, der versucht hatte mit einer Axt und einem Messer in das Haus von Westergaard einzudringen, an seiner Hand und seinem Knie angeschossen. Lars Hedegaard, der Vorsitzende des dänischen Verbandes für Pressefreiheit verurteilte die Tat in scharfen Worten. Der „Gemeinsame Rat der Muslime“, der größte muslimische Dachverband, welcher fast 60 000 Muslime vertritt, kritisiert die Tat als besonders niederträchtig: „Dieser Mordversuch ist durch nichts zu akzeptieren. Diese Aktion ist mit dem Islam unvereinbar.“

In Somalia wurden geschockte Reaktionen laut. Der Vorsitzende der somalischen Union Mohammed Gele verurteilt den Mordversuch und drückt seine Trauer darüber aus: „Wir können diese Tat überhaupt nicht gutheißen. In Dänemark sind Tausende Somalier aufgrund dieser Tat zutiefst schockiert worden.“

Der Polizei zufolge flüchtete sich Westergaard in einen extra angelegten so genannten Panikraum, wo er den Alarmknopf betätigte als er bemerkte, dass jemand in sein Haus mit einer Axt und mit einem Messer eingedrungen war. Nach drei Minuten kam die Polizei und schoss den Angreifer in die Hand und in das Knie. Der Vorsitzende des dänischen Geheimdienstes Jacob Scharf erklärt, dass der 28-jährige Somalier Verbindungen zu Al-Kaida besitzt. Der Angreifer wird sich wegen versuchten Mordes verantworten müssen.

Westergaards insgesamt 12 Karikaturen über den Propheten Mohammed wurden das erste Mal im Jahr 2005 in einer dänischen Zeitung veröffentlicht. Danach wurden sie auch in weiteren Ländern veröffentlicht, wodurch Proteste in der islamischen Welt ausgelöst wurden. Westergaard steht seit langer Zeit unter Polizeischutz.

Rubrik: Schweiz und Kopftuch

Zaman, 07.01.2010, S. 10

„Kein Kopftuchverbot an Schweizer Schulen“

„Der Antrag der Schweizer Volkspartei (SVP) im Züricher Stadtrat ist mit 104 Stimmen gegen 65 Stimmen abgelehnt worden. Die rechtsextreme SVP war zuvor mit ihrer Initiative für ein Bauverbot von weiteren Minaretten in der Schweiz erfolgreich gewesen. Die Familien werden ihre Kopftuch tragenden Kinder in die Schulen schicken können, ohne sich nach einem Mindestalter richten zu müssen. Im Verbotsantrag war gleichzeitig vorgesehen, dass muslimische Schülerinnen und Schüler während der Fastenzeit zum Sportunterricht gezwungen werden hätten können. Der Verbotsantrag wurde sowohl von den Regierungsparteien als auch von den Oppositionsparteien abgelehnt. Der Schweizer Staatsrat hatte bereits in der Vergangenheit einen ähnlichen Verbotsantrag abgelehnt, da

dieser nicht mit der Glaubensfreiheit zu vereinbaren war. Für die Zukunft wird erwartet, dass die SVP in den Städten Vaud, Fribourg und Neuchatel in den Stadträten denselben Verbotsantrag stellen wird. In Zürich leben 310 000 Muslime. Die Mehrheit davon sind türkische Muslime mit 67 000.“

Rubrik: Schweden – Moscheen

Sabah, 06.01.2010, S. 19

„Schutzeinheit für Moschee“

„Nach dem Anstieg von Anschlägen auf Moscheen in Europa im Anschluss an das Minarettverbot in der Schweiz, starten Muslime in Schweden Eigeninitiativen für die Sicherheit ihrer Moscheen.

Habertürk (Internetzeitung in der Türkei, Anm. M. K.) meldet, dass während der Silvesternacht in Malmö das Minarett einer Moschee beschossen wurde. Seitdem wacht eine zehn Personen starke bewaffnete Einheit 24 Stunden vor der Moschee.

Im schwedischen Malmö wurde die erste Moschee mit einem Minarett gebaut. Zwischen den Jahren 2003 und 2005 wurde die Moschee drei Mal das Ziel von Brandanschlägen und infolgedessen saniert. Der Malmöer Vorsitzende des Islamischen Zentrums, Bejzat Becirov erklärt: „Das Gotteshaus wurde 1985 eröffnet. Seitdem ist es 25-30 Mal zu Sabotageakten gekommen. Die Drohungen fingen jedoch bereits während des Baus des Minaretts an. Das Minarett brannte in der Vergangenheit ab und wurde wieder aufgebaut. Die schwedische Polizei konnte die Brandstifter nie auffinden. Wir haben Angst um unser Leben. Die Verantwortlichen können sagen was sie wollen, wir werden nicht mehr die Hände in den Schoß legen und auf den nächsten Angriff warten. Wir werden eigene Gegenmaßnahmen treffen.“

75% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den dazugehörigen Einrichtungen der Moschee sind Schweden. Becirov erklärt, dass auch insgesamt 40 Ärzte und Sprachenlehrer dort arbeiten:

„Sie zeigten sich insbesondere von Angriffen aus dem linken politischen Spektrum schockiert. Unsere Beziehungen mit dem schwedischen Volk und der Kirche sind sehr gut. Aber glauben sie mir, falls es hier irgendwann einmal ein ähnliches Referendum wie in der Schweiz geben sollte, dann wäre das Ergebnis das gleiche.“

In Schweden leben 9,5 Millionen Menschen. Davon sind 500 000 Muslime. Die Täter schmierern während ihrer Angriffe regelmäßig Hakenkreuze an die Wände der Moscheen und schlagen zusätzlich die Fenster ein.“

Rubrik: Personenkontrollen – Muslime - Niedersachsen

Zaman, 05.01.2010, S. 2

„Personenkontrollen von Muslimen in Moscheen in Niedersachsen – Fall für das Landesparlament“

„Die Grünen in Niedersachsen zeigen sich hartnäckig: Die Personenkontrollen von Muslimen, die vor den Moscheen durchgeführt werden, führten zu einer Anfrage in der niedersächsischen Landesregierung. Die Landtagsabgeordnete der Grünen und Sprecherin für Migrationspolitik Filiz Polat erklärt, dass sich diese Kontrollpraxis mit dem Grundgesetz und mit den Menschenrechten widerspreche. Die Anfrage wird am 13. Januar behandelt.

Filiz Polat weist darauf hin, dass die Grünen bereits in der Vergangenheit in der Landesregierung Anfragen mit dem Ziel, diese Kontrollpraxis aufzuheben, gestellt haben:

„Wir werden nicht locker lassen. Die CDU-FDP Landesregierung muss diese Maßnahme dringend aufklären und auflösen.“ Polat erinnert daran, dass sich bereits in der Vergangenheit Fachleute zu dieser Problematik im Parlament getroffen hätten. „Falls die Regierung untätig bleibt, werden die muslimischen Organisationen bis zum Bundesverfassungsgericht gehen. Für die durchgeführten Personenkontrollen werden keine Gründe genannt, was eine Diskriminierung der Muslime bedeutet.“ Darüber hinaus kritisiert Polat den Abbau des Muttersprache Unterrichts in Niedersachsen und die gleichzeitige Verringerung der dazugehörigen Lehrkräfte. Neben der deutschen Sprache sei die Muttersprache unabdingbar, so Polat. Für die Ausbreitung des Muttersprache Unterrichts sei eine Kampagne geplant: „Die Bildung in der Muttersprache ist sehr wichtig. Die Landesregierung hat jedoch diesbezüglich viele Kürzungen durchgeführt. Alle diese Maßnahmen sind ein Schlag gegen die Integration.“ Polat fordert darüber hinaus die Erteilung des Islam-Religionsunterrichts an den Schulen: „Für die Muslime müssen dieselben Rechte wie für andere Glaubensangehörige gelten. Aus diesem Grund muss ein Islam-Religionsunterricht an den Schulen erteilt werden.“

Rubrik: Studie Bertelsmann-Stiftung: Zuversicht unter Migranten in Deutschland

Sabah, 08.01.2010, S. 20

„Große Zuversicht unter Migranten“

„Laut einer Studie unter Migranten herrscht unter den Migranten mit Hinblick auf die Zukunft in Deutschland große Zuversicht. Nach einer Allensbach-Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, blicken die in Deutschland lebenden Migranten zuversichtlich in die Zukunft. Demnach äußerten sich 63% der Russen zuversichtlich sowie 45% der Türken. Unter den Jugendlichen ist die Zahl mit insgesamt 70% noch höher. Darüber hinaus fühlen sich laut der Studie 58% der Türken, 62% der aus Russland stammenden und 88% der Spanier Deutschland zugehörig. 58% und 49% der befragten Türken und Russen gaben an, dass sie mindestens ein Mal diskriminierende Erfahrungen erlebt hätten. Die Bereitschaft der politischen und gesellschaftlichen aktiven Partizipation ist unter den Türken am stärksten ausgeprägt. 59% von ihnen gaben an, in der Politik eine stärkere Rolle einnehmen zu wollen. Dr. Jörg Draeger von der Bertelsmann-Stiftung erklärt dazu folgendes: „Die Migranten sehen die Zukunft in unserem Land positiv und wünschen sich, aktiv Verantwortung wahr zu nehmen. Wenn unsere Gesellschaft es schafft, den Migranten in der Politik, in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt bessere Perspektiven zur Verfügung zu stellen, dann könnten sie zum einen ihr vorhandenes Potenzial besser entwickeln und zum anderen eine aktive Rolle einnehmen.“

Zaman, 08.01.2010, S. 2

„Cem Özdemirs Vorsitz trägt zur Veränderung des Ansehens bei – die Migranten sind zuversichtlich!“

„Die Situation für die in Deutschland lebenden Türken verändert sich – es herrscht Zuversicht. Laut einem Ergebnis der Bertelsmann-Stiftung blicken insgesamt 53% der Migranten optimistisch in die Zukunft. Vor allem die Türken geben an, ähnlich wie Cem Özdemir in politischen Ämtern eine größere

Rolle spielen zu wollen. In Deutschland sieht demnach die Mehrheit der Migranten zuversichtlich in die nächsten zehn Jahre. Laut einer Emnid-Studie aus dem vergangenen Jahr gaben lediglich 37% der befragten Deutschen an, zuversichtlich in das Jahr 2010 zu sehen. Die in Deutschland lebenden Migranten geben an, trotz der wirtschaftlichen Krise und der problematischen Situation auf dem Arbeitsmarkt mit Zuversicht in die nächsten zehn Jahre zu sehen. Während 21% der befragten Migranten ihre Sorgen äußerten, erklärten sich 53% der Befragten optimistisch. Unter den 25-jährigen und jüngeren Befragten beträgt diese Zahl sogar 70%. 63% der befragten Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion drücken sich hoffnungsvoll aus im Gegensatz zu 45% der in Deutschland lebenden befragten Türken. Wiederum 59% der Türken geben an, dem Vorbild Cem Özdemirs folgen zu wollen und sich stärker innerhalb politischer Ämter zu engagieren. Insgesamt geben 45% der Migranten an, sich politisch aktiv engagieren zu wollen. 42% der befragten Migranten erklären, dass sich die Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten in den nächsten zehn Jahren verringern werden. 37% äußern sich hingegen besorgt über den Anstieg möglicher Spannungen zwischen Deutschen und Migranten. Dennoch ist eine hohe Zahl der Migranten davon überzeugt, dass ihre Werte von seitens der Deutschen anerkannt werden. Nur 28% erkennen jedoch ihre Lebensrealität und Bedürfnisse in den politischen Entscheidungen wieder. Hinsichtlich der Integration in Deutschland ergaben sich folgende aufschlussreiche Zahlen unter den Migranten: 88% der befragten Spanier fühlen sich in Deutschland integriert. Unter den Türken geben 58% der Befragten an, sich integriert zu fühlen sowie 62% der Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion. Über häufig erlebte diskriminierende Erfahrungen äußern sich die befragten Türken mit 58% am stärksten, im Gegensatz zu 49% der Migranten aus den GUS-Staaten. Insgesamt geben 46% der Migranten an, diskriminierende Erlebnisse gemacht zu haben. Dessen ungeachtet ist eine Mehrheit von der stetigen Annäherung zwischen den Migranten und den Deutschen überzeugt. Lediglich jeder fünfte ist vom Gegenteil überzeugt.“

Rubrik: Integration und Segregation im Bildungswesen

Sabah, 05.01.2010, S. 18

„Staatliche Schulen OUT, Privatschulen IN“

„Noch vor kurzem nahmen Eltern in Deutschland das staatliche Bildungssystem voll in Anspruch.

Gegenwärtig bevorzugen immer mehr Eltern den Schulbesuch ihrer Kinder an Privatschulen.

Laut internationalen Studien suchen die Eltern in Deutschland aufgrund der entmutigenden Ergebnisse hinsichtlich des staatlichen Bildungswesens in Deutschland nach eigenen Lösungswegen, indem Eltern ihren Kindern den Besuch an Privatschulen ermöglichen. Internationale Studien wie PISA, TIMSS und IGLU führen das steigende Interesse an Privatschulen vor allem auf die sehr frühe Selektion in den Schulen zurück, welche zu zahlreichen Problemen führe.

Die Statistiken zeigen auch, dass die Anzahl der Privatschulen in Deutschland stetig zunimmt. Danach ist jede sechste Schule im bevölkerungsstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 18 Mio.

Einwohnern ein „Privatgymnasium.“ Der Grund für den großen Zulauf liegt in der Annahme der Eltern, dass der Besuch ihrer Kinder an einer Privatschule die Kinder sowohl wettbewerbsfähiger mache als

ihnen später auch ein besseres Einkommen garantiere. Zudem sind die Eltern davon überzeugt, dass der Unterrichtsstoff qualitativ besser vermittelt werde.

Dr. Ernst Röser vom Institut für Schulentwicklungsforschung in Dortmund weist zudem darauf hin, dass die Eltern aufgrund der Gestaltung der freien Zeit in den Schulen nach dem regulären Unterricht eine Kontrolle über die sozialen Kontakte der Kinder und Jugendlichen behalten: „Die Eltern verschließen sich und ihre Kinder vor bestimmten sozialen Schichten und glauben, dass dies für ihre Kinder besser sei.“

Gleichzeitig kritisieren die deutschen Bildungsforscher die staatlichen Gymnasien, die nicht modernisiert werden. Diese Schulen, so lautet die Kritik, würden keinen Praxisbezug aufweisen und lehrten beispielsweise Altgriechisch, dass nichts nütze.“

Sabah, 05.01.2010, S. 17

„Keine Kopien der Eltern“

„Der Neuköllner Oberbürgermeister Heinz Buschkowsky äußert seinen Wunsch nach einem verpflichtenden Kindergartenbesuch. Nur so sei es möglich, dass die Kinder nicht die Klone ihrer Eltern würden. Der Berliner Bezirk Neukölln besitzt den höchsten Migrantenanteil an den Bezirken insgesamt. Buschkowsky betont, dass er es für falsch halte, den Bildungsauftrag primär den Eltern zu überlassen. Der Neuköllner Oberbürgermeister erklärt darüber hinaus, dass es zum Fenster hinausgeworfenes Geld sei, wenn Eltern dafür bezahlt würden, ihren Kindern den Besuch in einer Betreuungseinrichtung zu verwehren. Buschkowsky kritisiert die Pläne der Bundesregierung zum geplanten Betreuungsgeld: „Politisch betrachtet ist das ein Rückschritt.“ Buschkowsky hatte bereits in der Vergangenheit Themen wie die Kriminalität unter Migranten, die Forderung nach Sicherheitsmaßnahmen in den Schulen und die Gründung von speziellen Polizeigruppen für Jugendliche auf die politische Tagesordnung gebracht.“

Zaman, 04.01.2010, Titelseite

„Das deutsche Bildungssystem tritt auf der Stelle: Anstieg der Privatschulen“

„Deutschland wird ein schlechtes Zeugnis hinsichtlich seines Bildungssystems ausgestellt. Die Deutschen sehen die Lösung in den Privatschulen. Die Eltern schicken ihre Kinder zunehmend in Privatschulen. An erster Stelle stehen hier die Schulen, welche kirchliche Träger besitzen und Schulen, die aufgrund der Initiativen von Türken gegründet wurden. Das Interesse der Deutschen an Privatschulen steigt vor allem aufgrund der Studienergebnisse von PISA, TIMSS und IGLU. Darin wird vor allem die frühe Selektion an Schulen in Deutschland kritisiert. Laut der Westdeutschen Allgemeine Zeitung (WAZ) zeigt sich ein deutlicher Trend zu den Privatschulen in Deutschland. Die Zeitung schreibt, dass die Eltern davon überzeugt sind, auf diese Art und Weise Einblicke in die sozialen Kontakte ihrer Kinder während der unterrichtsfreien Zeit behalten zu können. Die Statistiken zeigen, dass die Anzahl der Privatschulen in Deutschland stetig zunimmt. Vor allem in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland in Deutschland, steigt die Zahl der Privatschulen, wonach vor allem Schulen, die kirchliche Träger besitzen, den größten Anteil ausmachen. Prof. Dr. Wolfgang Böttcher von der Universität Münster kritisiert die Reformunfähigkeit in den Gymnasien mit Hinblick auf den Lehrplan und seine Strukturen. Darin liege Böttcher zufolge ein wesentlicher Grund für das

steigende Interesse an Privatschulen. Ein weiterer Grund für das zunehmende Interesse der Eltern an Privatschulen liegt an der Bedeutung familiärer Wertevorstellungen, die auch in den Schulen vermittelt werden sollen. Schwester Ulrike Michalski, Direktorin am katholischen Mädchengymnasium in Essen erklärt deshalb: „Bei unseren Gesprächen mit den Eltern wird immer wieder erwähnt, dass die Eltern einen hohen Wert auf höfliches und respektvolles Verhalten sowie auf soziale Verantwortung legen.“ Darüber hinaus werden in der Schule christliche Wertevorstellungen vermittelt. Derzeit besuchen 1350 Schülerinnen die Schule.“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff